



TOBIAS MADÖRIN, «TOPOS», HERAUSGEGEBEN VON NADINE OLONETZKY, SCHEIDEGGER & SPIESS, ZÜRICH

FOTO-TABLEAU: TOPOS 1/5

Mehr als 20 Jahre hat der 1965 in Basel geborene Tobias Madörin in das Projekt «Topos» investiert. Seine meist im bebauten und genutzten Raum fotografierten Panoramen siedeln am Schnittpunkt zwischen sachlicher Bestandaufnahme und künstlerischer Inszenierung: Von hoher Warte aus richtet er hier das Objektiv auf die Avenida Paulista in São Paulo, so dass der fast künstlich wirkende Wolkenhimmel mit der hochartifizialen, scheinbar völlig unbelebten Stadtlandschaft korrespondiert.

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Verzicht auf Ampeln und Schilder

Der motorisierte Individualverkehr zählt zu den grössten Sorgenkindern der Gegenwart (NZZ 14. 5. 14). Kann man ihn, wie von breiten Kreisen gewünscht wird, auch reduzieren? Exemplarisch stellt sich hier die Frage, ob wir unter einem Primat der Politik leben (dann muss eine Einschränkung im Interesse der Bürger möglich sein) oder unter dem Primat der traditionellen Wirtschaft (dann sind zentrale Geschäftsinteressen tangiert, und eine Einschränkung bleibt eine Illusion). Erstaunlich finde ich, wie wenig über den Tellerrand hinausgeschaut wird. Es gibt durchaus andere Mittel als reine Verbote oder Gebühren, um den Verkehr zu steuern. Ein klares Bekenntnis zu einer ampel- und schilderfreien Stadt unter Anpassung der Verkehrswege, so dass alles etwas unübersichtlicher wird, führt dazu, dass man zwangsläufig die Selbststeuerung aktiviert: Es kommt im eigenen Interesse zu Temporeduktion, Achtsamkeit, Augenkontakt.

Dem Beispiel von Hans Monderman sind seit 2003 viele Städte gefolgt. Natürlich geht das nicht ohne Kulturwandel. Es braucht eine Betrachtungsweise, bei der der Mensch nicht nur Konsument ist, sondern wie ein verwöhntes Kind immer zufriedengestellt werden muss, sondern auch ein aktives Wesen, das durchaus in der Lage ist, Rücksicht zu nehmen und zu lernen. Natürlich ist das für den einzelnen Verkehrsteilnehmer anstrengender.

Der. Deshalb ging der motorisierte Individualverkehr in echten «shared spaces» ja auch zuverlässig zurück. Klar besteht das Risiko, dass man dann weniger Einnahmen durch Bussen hat, und auch die Autobranche dürfte weniger Umsatz machen. Aber für die Lebensqualität lohnt sich dieses Modell eindeutig. Dass es nicht möglich sei, ist jedenfalls eine Mär, die wir nicht mehr aufgetischt bekommen möchten.

Peter Boller, Zürich

Neues Modell für Fahrzeugkontrolle

Da einige Strassenverkehrsämter mit der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) im vorgeschriebenen Prüfintervall im Rückstand sind, muss gehandelt werden. Wie? Richtig, es sollen die Prüfintervalle heraufgesetzt werden (NZZ 21. 5. 14). Wäre es nicht an der Zeit, die bisherige Praxis objektiv zu hinterfragen? Heute müssen Neufahrzeuge erst nach 5 Jahren vorgeführt werden. Eine lange Zeit, wenn man sich die gesamte Bandbreite vorstellt, welche anlässlich des Prüftermins vorfährt. Beginnend mit einem vorrangig im Stadtverkehr bewegten Fahrzeug mit vielleicht 20 000 Kilometern bis hin zum Vielfahrer mit 200 000 Kilometern. Selbst da sind 5 Jahre schon eine lange Zeit. Und nun soll das Prüfintervall noch

um ein Jahr verlängert werden! Verständlich, dass für das Autogewerbe die Vorbereitung zur MFK mit im Schnitt 300 bis 400 Franken einen attraktiven Umsatzanteil darstellt. Inklusive der unsäglichen Motorwäsche, durch welche sich noch so manche «Ölsardine» bis zum nächsten Prüfintervall wieder durchmogeln kann.

Schluss damit: Ich wünsche mir die Möglichkeit der Wahl zwischen der MFK beim zuständigen Strassenverkehrsamt sowie der Möglichkeit einer Prüfung vor Ort bei meiner Garage mittels akkreditierter Prüfingenieure. Diese besuchen in regelmässigen Abständen diese Betriebe und führen die entsprechende Prüfung durch. Fahrzeug morgens gebracht – abends abgeholt; inklusive MFK-Vorbereitung und Prüfung. Dass dies möglich ist, zeigt ein Blick über die Grenze nach Deutschland. Damit liessen sich eventuell sogar die Prüfintervalle reduzieren – im Sinne der Fahrzeugsicherheit.

Edgar Habich, Merenschwand

AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Jede Zeitschrift muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe, NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

EURASIA

Asiens neues Dreigestirn

Urs Schoettli

Die drei grössten und einflussreichsten asiatischen Länder, China, Indien und Japan, haben in den vergangenen zwei Jahren ihre Führung ausgewechselt. Nachdem im November 2012 in der Kommunistischen Partei Chinas die fünfte Führungsgeneration die Macht übernommen hat und im Dezember 2012 Shinzo Abe zum neuen japanischen Ministerpräsidenten gewählt worden ist, hat nun auch Indien einen neuen Regierungschef. Am 26. Mai wurde Narendra Modi als Indiens fünfzehnter Premierminister vereidigt.

Beim neuen Dreigestirn an Asiens politischem Firmament gibt es gewichtige Gemeinsamkeiten und ebenso substantielle Unterschiede. Gemeinsam ist allen drei, dass sie einen Kurs der robusteren Wahrnehmung von nationalen Interessen steuern.

Dies hat im Falle von Japan und China bereits zu verschärften bilateralen Spannungen geführt. Abzuwarten bleibt, wie sich Narendra Modis Übernahme der indischen Regierung auf die ebenfalls von Grenzstreitigkeiten und einem tiefen gegenseitigen Misstrauen belasteten Beziehungen zwischen Peking und Delhi auswirken wird. Unverkennbar ist bereits, dass die Achse Delhi-Tokio erheblich an Bedeutung gewinnen wird. Abe gehörte zu den ersten Regierungschefs, die Modi zum Wahlsieg gratulierten, und voraussichtlich wird Japan zu den ersten ausländischen Destinationen gehören, die Modi besuchen wird.

Asien ist offensichtlich ein viel zu grosser und viel zu komplexer Kontinent, als dass man Regionalpolitik betreiben kann, wie dies im kleinen und kompakten Europa der Fall ist.

Dennoch hat natürlich die ganze Welt ein starkes Interesse daran, dass die asiatischen Mächte ein Minimum an Kooperation etablieren können, um die zahlreichen akuten und schwelenden Konfliktherde unter Kontrolle zu halten. Im asiatisch-pazifischen Zeitalter mit der Marginalisierung Europas in der Weltpolitik werden die gefährlichsten Konflagrationen in Asien, namentlich in den Grossräumen des Indischen Ozeans und des Pazifiks, stattfinden. Offene Konflikte können leicht verheerende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben.

Bedenklich ist, dass eine grenzüberschreitende Sicherheitsarchitektur in Asien entweder nur sehr beschränkt oder gar überhaupt nicht vorhanden ist. Bei weitem am wichtigsten sind die bilateralen Bündnisse und Sicherheitsabkommen, welche die USA mit einzelnen asiatischen Staaten haben. Die USA sind und bleiben die einzige Macht, die gesamtasiatisch aktionsfähig ist. Wenn für den Welthandel essenzielle Seewege offengehalten werden müssen, so sind dazu nur die Amerikaner in der Lage.

Europa ist von Asien zu Recht schon lange als ernstzunehmender Teilnehmer in der globalen Sicherheitspolitik abgeschrieben worden. Das einzige europäische Land, das in asiatischen Kapitalen noch ernst genommen wird, ist Deutschland, wobei auch hier niemand an militärische, sondern allein an wirtschaftliche und technologische Potenz denkt.

Die G-8 hat sich mit den innereuropäischen Querelen um die Ukraine erledigt, und die G-7 mit solch wirtschaftlichen «Supermächten» wie Kanada, Italien, Frankreich und Grossbritannien ist schon lange eine leere Hülle. Bleibt das ziemlich lockere Forum der G-20 als einzige Plattform, auf welcher sich die drei asiatischen Hauptakteure treffen. Allerdings ändert auch diese Institution nichts an der Tatsache, dass das Weltgeschehen der kommenden Jahre und Jahrzehnte durch die amerikanisch-chinesische Bipolarität geprägt werden wird.

Die Hackordnung in der asiatischen Staatenwelt ist eigentlich klar gegeben. China ist das einzige asiatische Land, welches das Zeug zur Weltmacht besitzt. Allerdings ist es nach wie vor ein Riese auf tönernen Füßen, dessen Achillesfersen von einem retardierten politischen System über einen maroden Finanzsektor bis hin zu massiven geopolitischen Verletzlichkeiten reichen.

Indien und Japan sind mit geografisch unterschiedlicher Orientierung und Reichweite Regionalmächte, die beide faktisch (Delhi) oder potenziell (Tokio) substantielle Nuklearkapazitäten besitzen.

Asien ist heute mehr denn je mit der anspruchsvollen Herausforderung konfrontiert, für einen inhärent instabilen Triangel ein sicherheits- und geopolitisch tragfähiges Fundament zu finden.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 235. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Markus Spillmann
Stellvertreter: René Zeller, Luzi Bernet (Nachrichtenchef)

International: Eric Gujer, Cyrill Stieger, Andres Wysling, Andreas Rüsch, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis, Schweizer

Schweiz: René Zeller, Christoph Wehrli, Claudia Schoch, Claudia Baer, Markus Hofmann, Martin Senti, Paul

Schneeberger, Simon Gemperli, Davide Scruzi, Michael Schoenenberger, Valerie Zaslowski, Frank Sieber
Bundeshaus: Markus Häffiger, Christof Forster
Bundesgericht: Katharina Fontana
Medien: Rainer Stadler

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Beat Gygi, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Christin Severin, Nicole Rützi Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Thomas Stamm, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Martin Lanz, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Gerald Hosp, Jan Roth, Matthias Müller

Feuilleton: Martin Meyer, Roman Hollenstein, Angela Schader, Peter Hagmann, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Uwe Justus Wenzel, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Samuel Herzog

Zürich: Thomas Ribi, Michael Baumann, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Florian Sorg, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Ümit Yoker, Andreas Schürer, Reto Scherrer
Zürcher Kultur: Urs Steiner, Philipp Meier, Ueli Bernays

Sport: Elmar Wagner, Peter Jegen, Christoph Fisch, Flurin Clalüna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Anja Knabenhans

Meinung & Debatte: Martin Senti

Panorama: Katja Baigger (Leitung), Manuela Nyffenegger, Andrea Hohendahl

Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder (Leitung), Susanne Ostwald, Marc Ronner, Michèle Schell, Elena Panagiotidis, Andreas Jahn

Data-Journalismus: Sylke Gruhnwald (Leitung), Alice Kohli

Reporter: Marcel Gyr, Alois Feusi

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Lena Stallmach

Beilagen (Bildung und Gesellschaft / Mobil - Digital / Reisen und Freizeit): Walter Hagenbüchle, Stefan Betschon, Susanna Müller, Claudia Wirz, Ruth Spitzenpfel

GESTALTUNG / PRODUKTION

Leitung Art-Direction/Bild: Brigitte Meyer
Leitung Fotografen: Christoph Ruckstuhl
Blattplanung: Philipp

Müller. Produktionsleitung: Hansruedi Frei
Korrektorat: Stephan Dové
Archiv: Ruth Haener

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ-Folio: Daniel Weber
NZZ-TV: Tobias Wolff
NZZ-Campus: Ronald Schenkel
NZZ am Sonntag: Felix E. Müller
Rechtskonsultantin der Redaktion: Claudia Schoch
Projekte: André Maerz

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29
Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Schweiz: Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39, Ausland: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, www.nzz.ch/leserservice, E-Mail: leserservice@nzz.ch

Inserate: Publicitas, NZZ Media, Seehofstr. 16, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70
E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch, Internet: www.nzzwerbung.ch

Druck: Zürcherstr. 39, CH-8952 Schlieren; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 18 74, E-Mail: print@nzz.ch

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 649 Fr. (12 Monate), 358 Fr. (6 Monate), 195 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 479 Fr. (12 Monate), 265 Fr. (6 Monate), 145 Fr. (3 Monate), 47 Fr. (10 Wochen)

Pendlerabo NZZ: 554 Fr. (12 Monate), 299 Fr. (6 Monate), 166 Fr. (3 Monate), 57 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate)

Übrige Auslandpreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 759 Fr. (12 Monate), 426 Fr. (6 Monate), 239 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementpreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2014

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2014

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 126 795 Ex. (Wenf 2013)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG



TOBIAS MADÖRIN, TOPOS, HERAUSGEGEBEN VON NADINE OLONETZKY, SCHEIDEGGER & SPIESS, ZÜRICH

FOTO-TABLEAU: TOPOS 2/5

1996 zerstörte ein böswillig gelegtes Feuer das Teatro La Fenice in Venedig bis auf die Grundmauern. Tobias Madörins sieben Jahre später entstandene Aufnahme lässt nicht ahnen, dass das hinter Planen und Gerüsten verborgene Opernhaus bereits kurz vor der Wiedereröffnung steht: Trist und theatralisch zugleich, scheint die durchkomponierte Fotografie das Schicksal der durch die Elemente ebenso wie durch menschliche Nachlässigkeit gefährdeten Lagunenstadt ins Bild zu setzen.

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Unnötige Abkehr von Jahrgangsklassen

Im Februar 2014 hat der Zürcher Kantonsrat entschieden, den Lehrpersonen die Zulage für jahrgangsdurchmischte Klassen zu streichen und durch eine Einmalzulage, mit welcher auch andere Zusatzbelastungen abgegolten werden, zu ersetzen. Diesen Beschluss wollen Lehrerverband und VPOD anfechten (NZZ 28. 5. 14). Meines Erachtens sollte man aber unterscheiden zwischen jenen Schulen und Gemeinden, welche aus plausiblen Gründen Klassen mit mehreren Jahrgängen führen, und andern, welche aus (umstrittenen) ideologischen Überlegungen Jahrgänge mischen, obwohl keine Notwendigkeit dazu bestünde.

Auch ich finde, das Bestreben, in kleinen Dörfern oder sogenannten «Aussenwachen» Schulklassen zu erhalten und dazu verschiedenaltige Kinder zusammenzufassen, sei sehr zu unterstützen. Anders sieht es dort aus, wo grössere Schulgemeinden das jahrgangsdurchmischte System einführen, obwohl sich dieses aufgrund der Schülerzahlen überhaupt nicht aufdrängt. Damit werden nur zusätzliche organisatorische Umtriebe verursacht, und viele Kinder fühlen sich in diesen gemischten Klassen, wo zum Teil junge Viertklässler oft mit überalterten Sechstklässlern zusammen sein müssen, gar nicht geborgen. Zudem trägt diese Organisationsform wenig dazu bei, die Zahl der an einer Klasse

unterrichtenden Lehrpersonen zu verringern, so wie es eigentlich die Bildungsdirektion möchte. Geld, das für die Finanzierung derart jahrgangsdurchmischter Klassen zusätzlich aufgewendet wird, ist in kleinen Landgemeinden gut angelegt. In allen andern Fällen jedoch wären Mehrausgaben für die Abkehr von den bewährten Jahrgangsklassen eher ein Beispiel dafür, wie man im Bildungswesen zusätzliche Mittel verbrauchen kann, ohne dass bei den Kindern dadurch ein Mehrwert resultiert.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Scheinheilige USA

Die Schweiz wird im Rahmen der OECD den automatischen Informationsaustausch (AIA) übernehmen (NZZ 22. 5. 14). Banken müssen dann ausländischen Behörden Auskunft über Guthaben von deren Staatsbürgern geben. Mit windigen Begründungen erklärt aber die amerikanisch dominierte OECD, dass die USA dieser Pflicht nicht immer nachkommen müssen. US-Banken können somit nach wie vor in Offshore-Konstrukten Geld verstecken. Im Klartext: Sie werden weiterhin dasselbe tun, wofür sie den Finanzplatz Schweiz mit einer Welle von Klagen und horrenden Bussen indeckeln.

Ein scheinheiliger US-Justizminister Eric Holder sagt, dass keine Bank über

dem Gesetz stehe. Unerwähnt liess er allerdings, dass «über dem Gesetz» verschiedene Masstäbe gelten, je nachdem, ob es sich um Schweizer oder US-Banken handelt. Sollten fehlbare amerikanische Banken aus «technischen Gründen» die im Gegenrecht von anderen Staaten verlangten Daten nicht liefern können (eher nicht liefern wollen), empfiehlt sich folgendes Vorgehen: Holder soll beim US-Präsidenten beantragen, die NSA von ihren Spionageaktivitäten gegenüber dem Ausland zu entbinden und auf die Banken in Delaware sowie Miami anzusetzen. Diese Banken wären sodann im Interesse fairer Gleichbehandlung anzuklagen, mit zweistelligen Milliardenbeträgen zu büssen, und die Kontodaten wären samt Bussgeldern den Herkunftsländern der unversteuerten Vermögen weiterzuleiten. Dann wäre der grösste Finanzplatz der Welt – Obama und Holder sei Dank – plötzlich auch der sauberste.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Mitteilung des Verlags

Annahmeschluss Anzeigen für Pfingsten

Ausgabe	Annahmeschluss
Dienstag, 10. Juni	Donnerstag, 5. Juni 12.00 Uhr
Mittwoch, 11. Juni	Freitag, 6. Juni 12.00 Uhr

Die Ausgabe von Montag, 9. Juni, fällt aus.

Todesanzeigen

Am Vortag der Publikation zwischen 14 und 18 Uhr beim Empfang, Eingang Falkenstrasse 11, abgeben oder per Fax 044 258 16 77 oder per E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch.

Amazon setzt Verlage unter Druck

Der Online-Händler Amazon schreckt nicht vor unzimperlichen Methoden zurück. Von Peter S. Fritz

Derzeit ringt Amazon mit dem amerikanischen Verlagskonzern Hachette um höhere Rabatte. Der Online-Händler fordert in den USA für E-Books ähnliche Einkaufskonditionen, wie sie für Printausgaben gewährt werden. Von fairen Verhandlungen lässt sich dabei nicht sprechen, denn um Druck auf Hachette auszuüben, begann Amazon, Bücher dieses Verlages verzögert auszuliefern. Käufer mussten mit Wartezeiten von bis zu drei Wochen rechnen.

Diese Taktik ist nicht neu. Schon während eines Konflikts um Lieferkonditionen mit dem Verlag Macmillan konnten Amazon-Kunden Bücher von Macmillan nicht kaufen, weil bei Büchern dieses Verlags der «Buy»-Button fehlte.

Der gleiche Konflikt spielt sich nun auch in Deutschland zwischen Amazon und dem Bonnier-Verlagskonzern ab, dem Häuser wie der Berlin-Verlag, Carlsen, Piper, arsEdition oder die Ullstein-Verlagsgruppe angehören. Diese Verlage mussten ihre Autoren und deren Agenten informieren, dass der Online-Grossbuchhändler angibt, Bücher aus diesen Verlagen erst in 8 bis 11 Tagen statt, wie üblich, innerhalb 24 Stunden liefern zu können. Amazon gibt offen zu, dass dies als Reaktion auf die Unnachgiebigkeit der Verlagsgruppe Bonnier im Konditionenstreit anzusehen sei.

Auch bei diesem Konflikt geht es um die Erhöhung der Rabatte auf die Erlöse aus E-Book-Verkäufen. Anders als in den USA gibt es in Deutschland eine Preisbindung auch für E-Books. Dennoch sind die Verhandlungen mit Bonnier als Testlauf zu sehen.

Wenn der Grossbuchhändler Amazon seine Marktmacht gegenüber Verlagen ausspielt, indem er Kunden vergrätzt, schädigt er damit nicht nur die betroffenen Verlage, sondern gleichzeitig auch deren Autorinnen und Autoren. Einerseits wegen entgangener Verkäufe, andererseits weitreichender jedoch durch die Forderung nach einer Erhöhung des Händlerrabatts in massivem Ausmass in Richtung 50 Prozent. Für den Autor, der an dem übrig bleibenden Erlös des Verlags meist mit 25 Prozent beteiligt wird, bedeutet dies eine Honorarminde rung von über einem Viertel seines Einkommens.

Als Literaturagentur mit über 4000 Autorenverträgen mit mehr als 200 Verlagen haben wir uns umgehört und stellen fest, dass Amazon im Moment offensichtlich zunächst nur auf die Bonnier-Verlagsgruppe abzielt – andere Verlage haben noch keine Lieferverzögerungen festgestellt. Auch scheint allein Bonnier im Moment dieser Rabattforderung gegenüberzustehen. Wenn wir Honorarabrechnungen analysieren und zurückrechnen, können wir feststellen, dass Amazon in Deutschland für E-Books Rabatte in der Gegend von 30 Prozent und etwas darüber erhält.

Die Marktmacht von Amazon ist per se kein juristisches Problem. Es ist dem Grosshändler auch unbenommen, dass er den Kunden einen ausgezeichneten Service bietet, wenn er nicht ein handelsschädigendes Süppchen gegen einzelne Verlage kocht. Das eingeschlagene Vorgehen gegen die Bonnier-Verlage und deren Autoren grenzt aber an Nötigung und Erpressung.

Amazon hat jahrelang Verluste geschrieben und die Anleger dennoch bei Laune gehalten. Jetzt hat sich das Blatt gewendet, der Börsenkurs fällt, es müssen Gewinne her. Dieser Anspruch ist legitim. Aber dass Amazon seine Marktmacht so hemmungslos ausspielt, sollte zu denken geben. Knicken die ersten Verlage ein, wird der Druck auf andere Verlags-häuser ausgedehnt werden. Und werden die Verlage als Produzenten genötigt, ihre Bücher nicht mehr kostendeckend abzugeben, werden die Autoren sehr schnell darunter zu leiden haben.

Als Literaturagent begrüsse ich die Haltung von Bonnier, hier standhaft zu bleiben und keiner Änderung der Lieferkonditionen ohne wirkliche wirtschaftliche Gegenleistung zuzustimmen. Wir beobachten natürlich als Vertreter unserer Autoren sehr genau, wie sich die anderen Verlage in diesem Konflikt verhalten, denn langfristig muss das Geschäft für alle Parteien auskömmlich sein.

Mit den offensichtlich im Raum stehenden Forderungen gefährdet Amazon jedoch die Geschäftsgrundlage der Kulturschaffenden.

Peter S. Fritz ist Literaturagent bei der Paul & Peter Fritz AG in Zürich, welche Bücher angelsächsischer Autoren in den deutschen Sprachraum und deutsche Autoren weltweit vermittelt.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 235. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Markus Spillmann
Stellvertreter: René Zeller, Luzi Bernet (Nachrichtenchef)

International: Eric Gujer, Cyril Stieger, Andres Wysling, Andreas Rüsch, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis Schweizer

Schweiz: René Zeller, Christoph Wehrli, Claudia Schoch, Claudia Baer, Markus Hofmann, Martin Senti, Paul

Schneeberger, Simon Gemperli, Davide Scruzi, Michael Schoenenberger, Valerio Zaslavski, Frank Sieber
Bundeshaus: Markus Häffiger, Christof Forster
Bundesgericht: Katharina Fontana. Medien: Rainer Stadler

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Beat Gygi, Ermes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Christin Severin, Nicole Rütti Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Thomas Stamm, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Martin Lanz, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Gerald Hosp, Jan Roth, Matthias Müller

Feuilleton: Martin Meyer, Roman Hollenstein, Angela Schader, Peter Hagmann, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Uwe Justus Wenzel, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Samuel Spitzner

Zürich: Thomas Ribi, Michael Baumann, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Florian Sorg, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Ümit Yoker, Andreas Schürer, Reto Scherrer.
Zürcher Kultur: Urs Steiner, Philipp Meier, Ueli Bernays

Sport: Elmar Wagner, Peter Jegen, Christoph Fisch, Flurin Clalüna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Anja Knabenhans

Meinung & Debatte: Martin Senti

Panorama: Katja Baigger (Leitung), Manuela Nyffenegger, Andrea Hohendahl

Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder (Leitung), Susanne Ostwald, Marc Ronner, Michèle Schell, Elena Panagiotidis, Andreas Jahn

Data-Journalismus: Sylke Gruhnwald (Leitung), Alice Kohli
Reporter: Marcel Gyr, Alois Feusi

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Lena Stallmach

Beilagen (Bildung und Gesellschaft / Mobil - Digital / Reisen und Freizeit): Walter Hagenbüchle, Stefan Betschun, Susanna Müller, Claudia Wirz, Ruth Spitzenpfel

GESTALTUNG / PRODUKTION

Leitung Art-Direction/Bild: Brigitte Meyer. Leitung Fotografen: Christoph Ruckstuhl. Blattplanung: Philipp

Müller. Produktionsleitung: Hansruedi Frei. Korrektorat: Stephan Dove. Archiv: Ruth Haener

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ-Folio: Daniel Weber. NZZ-TV: Tobias Wolff. NZZ-Campus: Ronald Schenkel. NZZ am Sonntag: Felix E. Müller. Rechtskonsultantin der Redaktion: Claudia Schoch. Projekte: André Maerz

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29
Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Schweiz: Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39, Ausland: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, www.nzz.ch/leserservice, E-Mail: leserservice@nzz.ch

Inserate: Publicitas, NZZ Media, Seehofstr. 16, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70
E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch, Internet: www.nzzwerbung.ch

Druck: Zürcherstr. 39, CH-8952 Schlieren; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 18 74, E-Mail: print@nzz.ch

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 649 Fr. (12 Monate), 358 Fr. (6 Monate), 195 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 479 Fr. (12 Monate), 265 Fr. (6 Monate), 145 Fr. (3 Monate), 47 Fr. (10 Wochen)

Pendlerabo NZZ: 554 Fr. (12 Monate), 299 Fr. (6 Monate), 166 Fr. (3 Monate), 57 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate)

Übrige Auslandspreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 759 Fr. (12 Monate), 426 Fr. (6 Monate), 239 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementpreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2014

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2014

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 126 795 Ex. (Wenf 2013)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG



TOBIAS MADÖRIN, «TOPOS», SCHEIDEGGER & SPIESS, ZÜRICH. AUSSTELLUNG: 5.6. BIS 6.7. PHOTOBASTEL, 10.7. BIS ENDE AUG. BILDHALLE KILCHBERG, ZÜRICH.

FOTO-TABLEAU: TOPOS 3/5

So mächtig dimensioniert die Bauten sind – es wird einem eng, wenn die Fassaden den Blick in eine Fluchtlinie zwingen, die dann von einem weiteren Betonkoloss verstellt wird. In seinem Projekt «Topos» stellt der Schweizer Fotograf Tobias Madörin nicht zuletzt die Frage, wie wir unsere Lebensräume wählen und gestalten: Was mag jährlich Hunderttausende dazu antreiben, aus freien Stücken die kostbaren Ferientage in der hier abgebildeten Ferienstadt Benidorm zu verbringen?

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Kapitalismus braucht Korrekturen

Die Erkenntnisse von Thomas Piketty (NZZ 31. 5. 14) zeigen eine gesellschaftspolitisch höchst relevante Entwicklung, mit der wir Anhänger einer liberalen Wirtschaftsordnung uns intensiv beschäftigen sollten. Man kann in den fast tausend Seiten seines Buches einzelne Punkte kritisieren, aber die Kernaussagen, die Piketty auf wenigen Seiten zusammenfasst, sind unumstösslich. Die wichtigste für mich heisst, dass in der Geschichte nach Jahrzehnten der krassen Ungleichheit politische Umwälzungen jeweils für eine Korrektur sorgten. Die Französische Revolution brachte das Ende der Feudalherrschaft. Der industrielle Aufschwung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte zu einer schwerreichen Oberklasse und mittellosem Proletariat, Nährboden für Karl Marx, Revolution und Kommunismus. Nach dem Ersten und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg verlief die Mehrung des Wohlstands in der westlichen Welt während längerer Zeit gleichmässiger über alle Bevölkerungsschichten, bis in den 1980er Jahren die Ungleichheit wieder markant zu steigen begann.

Wenn wir den Dingen ihren Lauf lassen, werden früher oder später radikale

politische Reaktionen unausweichlich. Die Hüter der freien Marktwirtschaft wären gut beraten, wenn sie sich auf ihre Verantwortung für das Ganze besinnen und aus freien Stücken Gegensteuer geben würden. Es geht nicht um das «Einebnen der Ungleichheiten», sondern um Leitplanken für eine massvolle, nach Leistung differenzierte Verteilung des Zuwachses an Wohlstand im Interesse der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und des Zusammenhalts der Gesellschaft. Es wäre paradox, wenn – wie Charles Handy schreibt – der Kapitalismus, nachdem er die kommunistische Ideologie gebodigt hat, in sein eigenes Schwert stürzen würde.

Heini Lippuner, Oberwil (BL)

Wie weiter nach dem Nein zum Gripen?

Nach kompetenter Beurteilung ist der Kampfjet Gripen auf absehbare Zeit das für die schweizerische Flugwaffe geeignetste Kampfflugzeug. Daran ändert auch die verlorene Abstimmung nichts. Wie weiter also? Es muss eine Volksinitiative zur Beschaffung von 60 Gripen-Flugzeugen mit einem Kostenrahmen von rund 10 Milliarden Franken ergriffen werden. Dies zum Zwecke der Ablösung der veralteten Tiger-Kampfflugzeuge sowie der in absehbarer Zeit ebenfalls zu ersetzenden F/A-18-Flotte. Dafür spricht, dass der Evaluationsaufwand für den Gripen nicht verloren ist. Eine spätere Evaluation für den F/A-18-Ersatz entfällt.

Warum eine Volksinitiative? Weil der normale Weg nichts taugt. Die Projekte des VBS werden im Bundesrat bei der gegenwärtigen Zusammensetzung zunächst einmal im Verhältnis 6 zu 1 zurückgewiesen. Auch im Parlament droht ihnen Ungemach, weil dessen Mittel-Links-Orientierung die VBS-Projekte nochmals zu verwässern droht. Das Initiativkomitee müsste konsequent überparteilich sein und starke Persönlichkeiten der entscheidenden Parteien umfassen. Diese müssten von Anbeginn an die Unterstützung mindestens der Parteileitungen haben.

Erwin Mächler, Rebstein

Leere «günstige» Wohnungen

Leere – und erst noch preisgünstige! – Wohnungen an bester Lage (NZZ 28. 5. 14). Das lässt vermuten, dass die Nachfrage nach günstigem Wohnraum doch nicht so gross ist. Doch weit gefehlt. Die «günstigsten» 4,5-Zimmer-Wohnungen in der Siedlung Sandfelsen in Erlenbach kosten 2820 Franken. Die Miete sollte gemäss Budgetberatung nie mehr als ein Drittel des Haushaltsbudgets betragen. Eine Familie müsste demzufolge mindestens 9300 Franken im Monat zur Verfügung haben, um sich diese Wohnung leisten zu können. Familien mit kleinen Einkommen haben keine Chance, eine solche Wohnung zu mieten, ohne sich in grössere finanzielle Probleme zu stürzen.

Es braucht im Kanton Zürich mehr bezahlbaren Wohnraum, gerade für Familien mit kleinen Einkommen. Das Engagement von Gemeinden ist deshalb sehr begrüssenswert. Wenn aber preisgünstig gebaut wird, dann bitte so, dass die Mieten auch diesen Namen verdienen.

Cordula Bieri, Caritas Zürich

Auf die Sprache kommt es an

Die entlarvende Auseinandersetzung mit dem gängigen politischen Newspeak (NZZ 5. 5. 14) habe ich mit Genuss gelesen und kann ihr nur beipflichten. Leider beschränkt sich der unsorgfältige, wenn nicht irreführende Umgang mit dem Vokabular nicht auf die Politik. Vielmehr betrifft er auch andere Gebiete, so die Banken und den Journalismus. Ein schönes Beispiel findet sich in derselben NZZ-Nummer im Artikel über die Bewältigung der Datenflut durch die Kantonspolizei: «Der verfügbare Speicherplatz auf Festplatten [ist] exponentiell gewachsen.»

Ich stelle fest, dass seit einigen Jahren der Gebrauch des aus der Elementarmathematik stammenden Wortes «exponentiell» inflationär zunimmt. Für viele Schreiber und Sprecher mauserte sich dieses Wort zum modischen Synonym

SEITENBLICK

Russlands Schwäche, Putins Stärke

Ulrich Speck

In der Ukraine Krise hat Russland den Westen immer wieder in die Defensive gebracht. Im Berliner Kanzleramt, im Weissen Haus in Washington und anderswo wurde gerätselt, was die nächsten Schritte Moskaus sein könnten. Plante Wladimir Putin, nach der Krim die ganze Ukraine einzuverleiben? Würde er im Süden vorstossen bis in die Moldau? Oder ging es ihm lediglich darum, die Westbindung der Ukraine zu verhindern, ohne direkte Kontrolle über die Ukraine anzustreben?

Der Westen sah sich herausgefordert und wirkte oft schwach, verzagt. Es war Putins Stunde, er hielt das Heft des Handelns in der Hand. Hat sich der Westen also getäuscht, als er Russland in der zweite Liga der Mächte einordnete? «Russland ist eine regionale Macht, die einige ihrer Nachbarn bedroht, nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche», sagte der amerikanische Präsident Barack Obama im März.

Russland ist in der Tat schwach, doch Putin ist stark. Das liegt in der Natur seines Regimes begründet. Putin hat über die Jahre ein System geschaffen, das ihm alle Machtmittel des Landes zur persönlichen Verfügung stellt. Verfassung, Parlament, Medien, Wahlen, Parteien sind nicht mehr als Instrumente des Kreml. Und auch das höchst einträgliche Geschäft mit Öl und Gas wird vom Kreml kontrolliert. Politik, Wirtschaft und Militär, alles hört auf Putins Kommando. Der Kremlherr kann die Machtressourcen seines Landes maximal aktivieren und für die von ihm gesetzten Zwecke nutzen.

Und doch bleibt Russland insgesamt ausserordentlich schwach, und es wird immer schwächer. Das Regime Putins beschädigt Russlands eigentliche Ressource: die Kreativität und Energie seiner Menschen. Wirtschaftlich hängt das Land immer mehr am Tropf von Öl und Gas, das Projekt der ökonomischen Diversifizierung ist gescheitert. Die Gesellschaft gerät in immer grössere Abhängigkeit vom Regime, weil die Lebenschancen der Menschen umso grösser sind, je näher sie dem Machtapparat stehen, der eben zugleich auch eine Verteilungsmaschinerie von Einkünften darstellt. Die Anreize sind so gesetzt, dass nicht Fleiss und Bürgersinn belohnt werden, sondern Loyalität zum System. Vertrauen in Gesellschaft und Staat wird unterminiert durch Korruption, Gewalt und Propaganda. Damit wird Russland ausserordentlich anfällig für Krisen. Ein Verfall des Gaspreises oder ein Wechsel an der Spitze könnten das Land ins Chaos stürzen.

Die Schwäche Russlands wird insbesondere sichtbar im Vergleich zum Westen. Das Bruttoinlandprodukt Europas und der USA zusammen genommen beträgt 34 Billionen Dollar, dasjenige Russlands 2 Billionen pro Jahr. Die Militärausgaben der Nato betragen über eine Billion pro Jahr, Russland gibt 88 Milliarden aus.

Und doch konnte das eigentlich schwache Russland den starken Westen in die Defensive bringen. Der eine Grund lag darin, dass der Westen eher unwillig war, wegen der Ukraine auf Konfrontationskurs mit Russland zu gehen. Der andere, dass es liberalen Demokratien weitaus schwerer fällt als Autokratien, Machtressourcen zu mobilisieren. Während ein Putin nur gleichsam mit dem Finger schnippen muss, um Militär in Bewegung zu setzen, Milliarden verfügbar zu machen und den Propagandaapparat auf Kurs zu bringen, muss eine deutsche Kanzlerin lange, mühsame Wege gehen und den Konsens vieler Kräfte innerhalb ihres Landes wie darüber hinaus gewinnen: von der eigenen Partei über Koalitionspartner, die Wirtschaft, europäische Partner, Washington. Das dauert lang, kostet Kraft, und am Ende kommt ein Kompromiss heraus.

Ist die liberale Demokratie aber erst einmal mobilisiert, zeigt sich ihre Überlegenheit gegenüber der Autokratie. Als Marktwirtschaft verfügt sie über echte wirtschaftliche Stärke, mit einer liberalen Verfassung sichert sie Freiheit, und als Demokratie gründet sie auf der Zustimmung der Bürger. Damit sind nicht nur die Machtressourcen des Westens unendlich grösser. Er besitzt auch «soft power», jene Anziehungskraft also, der das autokratische Russland in der Ukraine kaum etwas entgegensetzen kann.

Ulrich Speck ist Visiting Scholar bei Carnegie Europe in Brüssel.

KORRIGENDUM

Im Artikel «Den SVP-Wirtschaftsflügel gibt es nicht» (NZZ 3. 6. 14) wurde der Berner SVP-Parlamentarier Hansruedi Wandfluh als Ständerat bezeichnet. Er gehört dem Nationalrat an.

Mitteilung des Verlags

Annahmeschluss Anzeigen für Pfingsten

Ausgabe	Annahmeschluss
Dienstag, 10. Juni	Donnerstag, 5. Juni 12.00 Uhr
Mittwoch, 11. Juni	Freitag, 6. Juni 12.00 Uhr
Die Ausgabe von Montag, 9. Juni, fällt aus.	

Todesanzeigen

Am Vortag der Publikation zwischen 14 und 18 Uhr beim Empfang, Eingang Falkenstrasse 11, abgeben oder per Fax 044 258 16 77 oder per E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch.

verstehen. Die deutsche Sprache stellt euch seit je besten Ersatz zur Verfügung.

Hans-Heinrich Nägeli, Winterthur

AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch



TOBIAS MADÖRIN, «TOPOS», SCHEIDEGGER & SPIESS, ZÜRICH. AUSSTELLUNG: 5.6. BIS 6.7. PHOTOBASTEL, 10.7. BIS ENDE AUG. BILDHALLE KILCHBERG, ZÜRICH.

FOTO-TABLEAU: TOPOS 4/5

Brasilien und Argentinien, China, Malaysia und Rwanda, Spanien und Island – das sind nur einige der Destinationen, die Tobias Madörin bereist hat. Meist galt sein Interesse dort den städtischen, industriell oder infrastrukturell genutzten Landschaften; in den Schweizer Bergen liess der Basler Fotograf sein Auge dann und wann zur Ruhe kommen. Der Steinsee auf dem Sustenpass ist zwar ein beliebter Zwischenhalt für Reisende; trotzdem verströmt die Landschaft eine wohlthuende Stille.

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

«Eltern, die ständigen Begleiter»

Endlich wird einmal das Thema der überbehüteten Kinder angeschnitten (NZZ 31. 5. 14). Kinderspielplätze sind heutzutage idiotensicher, überall werden Tafeln aufgestellt – «Achtung, Kinder», obwohl dann fast mehr Erwachsene dort herumstehen, um sich gleich bei eventuellen Gefahren schützend vor das Kind zu stellen. Kinder werden zur Schule gebracht und abgeholt usw. Vor noch nicht allzu langer Zeit gab es noch Kletterstangen, die heutzutage unvorstellbar wären, obwohl meines Wissen dort nie irgendetwas Gravierendes passierte. Aber man hat als Kind gelernt, Gefahren und seine eigenen Möglichkeiten einzuschätzen, etwas, das heute fast nicht mehr möglich ist. Dafür gibt es dann in der Schule Lernprogramme für Purzelbäume und Körperwahrnehmung, dazu ausgelagte Eltern, weil sie sich jede

Minute um ihr Kind kümmern zu müssen glauben. Wahrscheinlich müssen die Kinder auf dem Schulweg bald auch noch einen Helm tragen, man weiss ja nie... Etwas mehr Selbstverantwortung und das Kind wieder mal sich selbst überlassen würde meiner Meinung nach nicht schaden.

Roman Koller, Zürich

Naheliegende Quelle für die AHV

In seiner ersten Botschaft zum Projekt einer obligatorischen Altersversicherung hielt der Bundesrat im Juni 1919 fest, die Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer zur Mitfinanzierung der Altersvorsorge sei gut zu begründen: Gerade durch die Einführung einer Alters- und Hinterlassenenversicherung erhalte der Staat «erhöhtes Recht, an der Erbschaft teilzunehmen». Der Widerstand gegen den Vorschlag kam prompt – vor allem aus Kreisen «des Besitzes», wie es in einer zeitgenössischen Darstellung heisst. Der Landesregierung blieb nichts anderes übrig, als ihren Vorschlag zurückzuziehen. Vor allem die fehlenden finanziellen Grundlagen führten dann dazu, dass die AHV erst eine Generation später realisiert werden konnte. Heute stehen wir vor der Frage, wie die Altersvorsorge langfristig zu sichern ist. Angesichts der

demografischen Alterung sind Mehreinnahmen unabdingbar. Eine Erbschafts- und Schenkungssteuer wäre eine höchst naheliegende Quelle dafür.

In der Schweiz sind die Unterschiede in der Vermögensverteilung gerade im Alter immens gross. Diese Unterschiede werden durch das Vererben noch verstärkt. Deshalb ist es gerechtfertigt, die Volksinitiative zu unterstützen. Die Behauptung von Markus Neuhaus, die Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer könne das Reformprojekt «Altersvorsorge» gefährden (NZZ 2. 6. 14), ist keineswegs stichhaltig. Diese könnte vielmehr dafür sorgen, dass die notwendige Erhöhung der Mehrwertsteuer moderater ausfallen wird. Auch seine übrigen Argumente sind nicht besonders zugkräftig. Zur angeblichen Mehrfachbesteuerung hat Heiner Studer das Nötige geschrieben. Mit der Behauptung, die Erbschaftssteuer werde zu einer «Gesamtsubstanzbelastung von 55 Prozent» führen, rechnet Neuhaus offenbar mit der Naivität seiner Leser. Würde das Vermögen nicht verzinst, wäre wohl kein Kapitalbesitzer bereit, es noch länger in der Schweiz zu halten. Neuhaus' Ausführungen laufen darauf hinaus, dass die Interessen der Vermögenden auch die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sein müssten. Im Wissen um die wachsenden Einkommens- und Vermögensunterschiede in der Schweiz sollte diese Gleichsetzung endlich infrage gestellt werden.

Kurt Seifert, Winterthur

Von «Wutbürgern» und «Kuscheljustiz»

Für eine pragmatische Haltung im Umgang mit Straftätern. Von Thomas Noll

Ob Abstimmung über die lebenslängliche Verwahrung, Pädophilieinitiative oder Diskussionen über Therapiekosten von Straftätern wie «Carlos»: Regelmässig bilden sich bei Fragen um Straftäter zwei klar getrennte Lager, die mit polarisierenden Begriffen wie «Wutbürger» und «Kuscheljustiz» operieren. Beide Seiten haben bis zu einem gewissen Grad recht – sie irren aber auch. Lächerlich geringe Strafen schaden dem Rechtsfrieden. Fehdewesen und Lynchjustiz durch ein Rechtssystem zu ersetzen, bei dem der Staat das Bestrafen von Übeltätern anstelle der Bürger übernimmt, war ein Zivilisationsschritt von enormer Bedeutung.

Damit der Bürger den Staat zu dieser Stellvertretung legitimiert sieht, muss die Schwere der Strafen für das Volk aber einigermaßen nachvollziehbar sein. Wenn ein schuldfähiger Täter für ein schweres Gewalt- oder Sexualdelikt nur eine kurze Freiheitsstrafe erhält – wie das häufig der Fall war und auch heute noch punktuell beobachtet werden kann –, ist der Ärger der sogenannten Wutbürger berechtigt. Jede akademisch-überhebliche Haltung gegenüber der Empörung der Bürger ist falsch.

Falsch ist aber auch, bei einem so wichtigen Thema wie der Strafjustiz Vernunft und Empirie zu ignorieren und nur emotional zu argumentieren. Die Vernunft gebietet, den Strafvollzug bezüglich Länge und Inhalt so zu gestalten, dass – unter Einhaltung der Grundrechte – ein optimales Resultat erzielt wird. Dass also der Täter nach Verbüßung der Strafe ein möglichst kleines Risiko aufweist, rückfällig zu werden, dass aber auch andere potenzielle Rechtsbrecher abgeschreckt werden. Und schliesslich muss auch das berechtigte Bedürfnis der Öffentlichkeit nach Vergeltung befriedigt werden.

Bei der Bemessung der Länge des Freiheitsentzugs hat das Gericht einen relativ grossen Spielraum. Es sollte den Rechtsfrieden ebenso berücksichtigen wie mögliche Prisonisierungseffekte, also negative Anpassungsprozesse beim Gefangenen, die durch lange Gefängnisstrafen gefördert werden und das Rückfallrisiko erhöhen. Auch inhaltlich sollte der Strafvollzug möglichst sinnvoll ausgestaltet sein. Man kann nicht sämtliche Gewalt- und Sexualstraftäter lebenslanglich wegsperren. Das wäre nicht nur mit dem geltenden Recht unvereinbar, sondern es würde auch viel zu viel kosten. In der Wissenschaft ist es weitgehend unbestritten, dass spezifische psychiatrische Behandlungen während des Strafvollzugs das Rückfallrisiko senken können – wenn sie korrekt durchgeführt werden. Ausserdem muss der betreffende Gefangene auch wirklich therapierbar sein, was mithilfe moderner Instrumente sorgfältig abgeklärt werden kann und muss. Kostspielige deliktorientierte Therapien sollten gezielt und selektiv eingesetzt werden, also weder bei ungefährlichen noch bei gefährlichen, aber unbehandelbaren Straftätern. Letztere müssen verwahrt werden und nötigenfalls lebenslanglich im Gefängnis bleiben.

Das Lager der «Wutbürger» irrt in der Annahme, eine deliktpräventive Therapie habe etwas mit «Kuschelvollzug» zu tun. Insbesondere in gut geführten Massnahmestationen ist das Leben der Insassen nicht einfach. Ihr Verhalten wird rund um die Uhr beobachtet, analysiert und korrigiert. Wenn sie keine Fortschritte erzielen, bleiben sie im Gefängnis. Bei anhaltender Erfolglosigkeit kann die stationäre Therapie durch das Gericht auch in eine Verwahrung umgewandelt werden. Dies stellt für den Gefangenen einen effizienten Anreiz dar, sich bei der Therapie anzustrengen. Bei der quasi lückenlosen Überwachung in der stationären Therapie ist auch ein jahrelanges Vorspielen von Fortschritten durch den Gefangenen kaum denkbar.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass eine pragmatische Haltung im Umgang mit Straftätern sowohl emotionale Bedürfnisse in der Bevölkerung nach einer gewissen Härte gegenüber Straftätern angemessen respektiert (und diese nicht als simplen «Populismus» ausblendet) als auch wissenschaftliche Erkenntnisse bezüglich Wirksamkeit bestimmter Therapien berücksichtigt, ohne diese masslos und flächendeckend bei allen Tätern anordnen zu wollen. Und schliesslich darf kein Zweifel daran bestehen, dass es auch gefährliche und unbehandelbare Täter gibt, die ihr ganzes Leben hinter Gittern bleiben müssen – ohne delikt-spezifische Therapie.

Thomas Noll ist Direktor des Schweizerischen Ausbildungszentrums für das Strafvollzugspersonal.

Mitteilung des Verlags

Annahmeschluss Anzeigen für Pfingsten

Ausgabe	Annahmeschluss	
Dienstag, 10. Juni	Donnerstag, 5. Juni	12.00 Uhr
Mittwoch, 11. Juni	Freitag, 6. Juni	12.00 Uhr
Die Ausgabe von Montag, 9. Juni, fällt aus.		

Todesanzeigen

Am Vortag der Publikation zwischen 14 und 18 Uhr beim Empfang, Eingang Falkenstrasse 11, abgeben oder per Fax 044 258 16 77 oder per E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 235. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Markus Spillmann
Stellvertreter: René Zeller, Luzi Bernet (Nachrichtenchef)

International: Eric Gujer, Cyrill Stieger, Andres Wysling, Andreas Rüsch, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis, Schweizer

Schweiz: René Zeller, Christoph Wehrli, Claudia Schoch, Claudia Baer, Markus Hofmann, Martin Senti, Paul

Schneeberger, Simon Gemperli, Davide Scruzi, Michael Schoenenberger, Valerio Zaslavski, Frank Sieber
Bundeshaus: Markus Häffliger, Christof Forster
Bundesgericht: Katharina Fontana. Medien: Rainer Stadler

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Beat Gygi, Ermes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Christin Severin, Nicole Rütti Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Thomas Stamm, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Martin Lanz, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Gerald Hosp, Jan Roth, Matthias Müller

Feuilleton: Martin Meyer, Roman Hollenstein, Angela Schader, Peter Hagmann, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Uwe Justus Wenzel, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Samuel Herzog

Zürich: Thomas Ribi, Michael Baumann, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Florian Sorg, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Ümit Yoker, Andreas Schürer, Reto Scherrer
Zürcher Kultur: Urs Steiner, Philipp Meier, Ueli Bernays

Sport: Elmar Wagner, Peter Jegen, Christoph Fisch, Flurin Clalüna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Anja Knabenhans

Meinung & Debatte: Martin Senti

Panorama: Katja Baigger (Leitung), Manuela Nyffenegger, Andrea Hohendahl

Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder (Leitung), Susanne Ostwald, Marc Ronner, Michèle Schell, Elena Panagiotidis, Andreas Jahn

Data-Journalismus: Sylke Gruhnwald (Leitung), Alice Kohli
Reporter: Marcel Gyr, Alois Feusi

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Lena Stallmach

Beilagen (Bildung und Gesellschaft / Mobil - Digital / Reisen und Freizeit): Walter Hagenbüchle, Stefan Betsch, Susanna Müller, Claudia Wirz, Ruth Spitzenpeil

GESTALTUNG / PRODUKTION

Leitung Art-Direction/Bild: Brigitte Meyer. Leitung Fotografen: Christoph Ruckstuhl. Blattplanung: Philipp

Müller. Produktionsleitung: Hansruedi Frei. Korrektorat: Stephan Dové. Archiv: Ruth Haener

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ-Folio: Daniel Weber. NZZ-TV: Tobias Wolff. NZZ-Campus: Ronald Schenkel. NZZ am Sonntag: Felix E. Müller. Rechtskonsultin der Redaktion: Claudia Schoch. Projekte: André Maerz

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29
Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Schweiz: Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39, Ausland: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, www.nzz.ch/leserservice, E-Mail: leserservice@nzz.ch

Inserate: Publicitas, NZZ Media, Seehofstr. 16, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70
E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch, Internet: www.nzzwerbung.ch

Druck: Zürcherstr. 39, CH-8952 Schlieren; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 18 74,
E-Mail: print@nzz.ch

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 649 Fr. (12 Monate), 358 Fr. (6 Monate), 195 Fr. (3 Monate)
Abonnement NZZ Digital: 479 Fr. (12 Monate), 265 Fr. (6 Monate), 145 Fr. (3 Monate), 47 Fr. (10 Wochen)
Pendlerrabo NZZ: 554 Fr. (12 Monate), 299 Fr. (6 Monate), 166 Fr. (3 Monate), 57 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe
Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate)
Übrige Auslandpreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 759 Fr. (12 Monate), 426 Fr. (6 Monate), 239 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementpreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2014

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2014

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 126 795 Ex. (Wenf 2013)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG



TOBIAS MADÖRIN, «TOPOS», SCHEIDEGGER & SPIESS, ZÜRICH. AUSSTELLUNG: 5.6. BIS 6.7. PHOTOBASTEL, 10.7. BIS ENDE AUG. BILDHALLE KILCHBERG, ZÜRICH.

FOTO-TABLEAU: TOPOS 5/5

Der Tokioter Stadtteil Asakusa ist in erster Linie bekannt für den gleichnamigen Shinto-Schrein und den benachbarten Senso-ji-Tempel. Tobias Madörin allerdings richtete das Objektiv stattdessen auf einen zeitgenössischen Bau, dessen betonte kühle Eleganz als eigentlicher Gegenentwurf zur bunten, verspielten Formensprache des Schreins betrachtet werden kann. Gleichzeitig aber eignet auch diesem Gebäude in seiner Strenge und Verslossenheit etwas beinahe Sakrales.

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Existenzielle Probleme für Europa

Die japanische Regierung hat erkannt, dass bei einer Geburtenrate von 1,4 die Bevölkerungszahl ihres Landes stark sinken wird («Neue Drei-Kind-Politik Japans», NZZ 4. 6. 14). Auch in Europa ist die Geburtenrate der indigenen Bevölkerung nicht viel höher als in Japan, mit sinkender Tendenz. Denn je mehr Frauen im Beruf Karriere machen, desto tiefer sinkt die Geburtenrate. Um die Bevölkerungszahl konstant zu halten, wäre eine Geburtenrate von 2,1 notwendig. Bei einer Geburtenrate von 1,4 reduziert sich die indigene Bevölkerung pro Generation um etwa 30 Prozent, das heisst, sie sinkt innerhalb von 25 bis 30 Jahren auf 70 Prozent. Ende dieses Jahrhunderts, nach drei Generationen (0,7×0,7×0,7), wird die Bevölkerung (ohne Zuwanderung) auf etwa einen Drittel schrumpfen. Heute leben in Europa etwa 500 Mio. Menschen, im Jahr 2100 werden es also noch etwa 150–200 Mio. sein.

Natürlich wird in Europa kein Bevölkerungsvakuum entstehen. Auf dem afrikanischen Kontinent wird die Bevölkerung von heute 1,1 Mrd. bis 2050 auf 2,5 Mrd. zunehmen. Aus Afrika, nördlich und südlich der Sahara, aus den muslimischen

Landern des nahen Ostens und aus anderen Kulturkreisen werden Millionen von Menschen nach Europa strömen und so das Geburtendefizit der indigenen Völker kompensieren.

Fazit: Ende dieses Jahrhunderts wird die indigene Bevölkerung in Europa in der Minderheit sein. Die Konsequenzen dieser Entwicklung für unsere europäische Kultur und Zivilisation kann sich jeder Leser selber ausmalen. Warum wird dieses für Europa existenzielle Problem weder in der EU noch im Europarat, noch in der Schweiz thematisiert?

Hans Schaller, Evillard

Unverschuldete Gerichtskosten

Dr. Bruno Kläusli kenne ich seit mehr als 30 Jahren als integre Persönlichkeit. Schon als Präsident des Heimatschutzes hat er sich immer engagiert für öffentliche Anliegen eingesetzt, und nicht wenige Schutzobjekte sind durch sein Wirken gerettet und der Bevölkerung zugänglich gemacht worden. Gewiss war die Integrität Kläuslis mit ein Grund, dass die Erbin der Villa ihn als Erben eingesetzt hatte (NZZ 30. 5. 14). Nun soll er, statt die Erbschaft anzutreten, unverschuldete Gerichtskosten von rund einer halben Million Franken bezahlen. Dieses Urteil des Zürcher Obergerichts ist schwer nachvollziehbar.

Hannes Strebler, Zürich

Einschränkungen beim Japan-Rail-Pass

Der Artikel «Mit dem Shinkansen bequem durch das Land der aufgehenden Sonne» zu den japanischen Hochgeschwindigkeitszügen (NZZ 30. 5. 14) bedarf einiger Anmerkungen. Unsere Familie war vor wenigen Wochen in Japan unterwegs, unter anderem auch mit dem Shinkansen. Dabei hatten wir grosse Koffer bei uns, was jedoch keine nennenswerten Probleme darstellte. Man muss

wissen, dass der Stauraum beschränkt ist, aber eine Regel, wonach nur Handgepäck zulässig ist, ist mir nicht bekannt.

Zum Japan-Rail-Pass ist Folgendes zu ergänzen. Obwohl praktisch, hat dieser Eisenbahnpass auch seine Nachteile. Im Text ist von einigen wenigen Superexpress-Verbindungen die Rede, bei denen der Japan-Rail-Pass nicht gültig ist. Damit sind die Shinkansen-Züge vom Typ Nozomi gemeint, welche am schnellsten unterwegs sind, da sie nur in den grössten Städten halten. In den letzten Jahren ist die Zahl der Nozomi-Verbindungen gegenüber den übrigen Shinkansen-Zügen stetig gestiegen. So sind beispielsweise von den knapp 120 täglichen Shinkansen-Verbindungen von Tokio nach Kyoto zwei Drittel Nozomi-Züge, welche von den Inhabern des Japan-Rail-Passes nicht benützt werden können.

Thomas Stähli, Wallisellen

Indirekte Folgen der Erbschaftssteuer

In ihren Beiträgen zur Erbschaftssteuerinitiative lassen sich Heiner Studer (pro) und Markus Neuhaus (contra) ausführlich über die Vor- und Nachteile dieser Initiative aus (NZZ 2. 6. 14). Keiner der beiden hat sich dabei jedoch Gedanken über die verheerenden Auswirkungen auf die Mietpreise für Wohnungen gemacht. Viele Liegenschaften mit Mietwohnungen sind in der Schweiz (noch) in privater Hand. Dies könnte sich nach einer Annahme der Initiative dramatisch ändern.

Für Erben in direkter Linie heisst dies, dass sie für das Bezahlen der neuen Erbschaftssteuer den Mietertrag von bis zu sechs Jahren einsetzen müssten. Das Geld müsste in Form von Hypotheken aufgenommen werden mit entsprechenden Zinsen. Wegen der stark gestiegenen Landpreise liegt zudem bei den meisten Liegenschaften in privater Hand mit moderaten Mietpreisen der für die Erbschaftssteuer massgebende Verkehrswert 40 bis 60 Prozent unter dem erzielbaren Verkaufswert, ein weiteres Argument für einen Verkauf. Die Kon-

Keine Debatte zu «entarteter Kunst»

Ein Neubeginn der Diskussion über die Restitution wäre verhängnisvoll. Von Frank Vischer

Andrea Raschèr hat in seinem Interview («Am Anfang einer neuen Diskussion», NZZ 24. 5. 14) im Zusammenhang mit dem Erbe Gurlitt «den Anfang einer neuen Diskussion» im Sinne einer Rückgabe von Werken der «entarteten Kunst» angekündigt. Nach meiner Meinung verkennt Herr Raschèr die Besonderheiten der von der deutschen Reichsregierung ab 1937 durchgeführten Aktion des Verkaufs und der Vernichtung der in deutschen Museen verwahrten Werke der «entarteten Kunst».

Mit der 1934 erfolgten Eingliederung der Landesmuseen in die Reichsverwaltung gingen die Bestände dieser Museen in das Eigentum des deutschen Staates über. Das Ziel der barbarischen Aktion war es, wie Hitler am Reichsparteitag 1935 ausführte, «dem Kulturzerfall ein Ende zu setzen» und alles für die «kulturelle Wiedergeburt» Deutschlands zu unternehmen. Das Deutsche Reich versuchte aus der Aktion «entartete Kunst» auch Geld zu schlagen. 1939 fand in Luzern eine grosse Auktion statt. Das Kunstmuseum Basel hat mithilfe eines Sonderkredits der Regierung (60 000 Franken) 20 bedeutende Werke erworben, die als Juwelen der Modernen Sammlung des Museums zu bezeichnen sind. Erworben wurden u. a. Meisterwerke wie Kokoschkas «Windsbraut», Franz Marcs «Tierschicksale» oder Marc Chagalls «Rabbiner» und «Viehhändler».

Die Werke, die nicht verkauft werden konnten, wurden im «Grossen Depot» an der Köpenickerstrasse in Berlin aufbewahrt und später verbrannt. Dabei sollen 1004 Ölgemälde und Plastiken sowie 3925 Aquarelle, Zeichnungen und grafische Blätter zugrunde gegangen sein.

Die als «entartete Kunst» taxierten Werke konnten nur durch den Verkauf vor dem Untergang gerettet werden. Auch die beauftragten Kunsthändler, wozu der Vater Gurlitt gehörte, müssen – auch wenn sie aus Eigeninteresse gehandelt haben – als Retter gelten.

Es ist nach dem Krieg immer wieder über die Frage der Restitution der von ausländischen Museen und von Kunsthändlern erworbenen Werke der «entarteten Kunst» diskutiert worden. Das Basler Kunstmuseum hat sich meines Erachtens immer zu Recht auf den Standpunkt gestellt, dass der Erwerb rechtsgültig war und eine Rückgabe von vornherein ausgeschlossen sei. Dieser Standpunkt wurde auch von der Bundesrepublik vertreten. Das vom Naziregime 1938 zur Legitimation der Aktion erlassene Gesetz über die «Einziehung von Erzeugnissen der entarteten Kunst» wurde auch nach dem Krieg von den alliierten Kontrollbehörden nie widerrufen. Um jede Gefährdung auszuschliessen, wurden zu meiner Zeit als Präsident des Kunstmuseums Basel alle Ausleihen von Werken der «entarteten Kunst» ins Ausland unterlassen.

Es wäre verhängnisvoll, wenn im Zusammenhang mit der Schenkung Gurlitt an das Kunstmuseum Bern dieser Rechtsstandpunkt infrage gestellt würde. Die Direktion des Museums von Bern sollte sich auf den hier vertretenen Rechtsstandpunkt berufen und nicht mit einer Rückgabe liebäugeln. Die Aktion «entartete Kunst» und die Raubkunst sind zwei in allen wesentlichen Belangen verschiedene Tatbestände. Im Falle der «entarteten Kunst» hat das Deutsche Reich freiwillig und zu kulturpolitischen Zwecken Kunstwerke verkauft, die in seinem Eigentum standen. Es besteht auch kein moralischer Anlass, auf die Restitutionsfrage einzugehen.

Frank Vischer ist em. Rechtsprofessor an der Universität Basel. Von 1964 bis 1994 war Vischer Präsident des Kunstmuseums Basel.

KORRIGENDUM

In der Grafik, die dem Artikel zur Übernahme von Nuance durch Dufry beigefügt ist (NZZ 5. 6. 14), wird der Umsatz der beiden Unternehmen zusammengenommen fälschlicherweise mit 55 605 Mio. Fr. angegeben. Richtig beträgt der Erlös 5560 Mio. Fr.

Mitteilung des Verlags

Annahmeschluss Anzeigen für Pfingsten

Ausgabe	Annahmeschluss
Mittwoch, 11. Juni	Freitag, 6. Juni 12.00 Uhr
Die Ausgabe von Montag, 9. Juni, fällt aus.	

Todesanzeigen

Am Vortag der Publikation zwischen 14 und 18 Uhr beim Empfang, Eingang Falkenstrasse 11, abgeben oder per Fax 044 258 16 77 oder per E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch.

sequenz wäre häufig der Abriss der Liegenschaft für Neubauten – und vorbei ist es mit den moderaten Mietpreisen.

Bei der Einführung der Grundstückgewinnsteuer, die Liegenschaften in ähnlichem Ausmass belastet, war man wenigstens so schlau, eine aufschiebende Wirkung für Handänderungen durch Erbschaft einzurichten, gerade um die oben beschriebenen negativen Auswirkungen zu vermeiden. Wer also für höhere Mieten ist und es gut findet, dass bald die Mehrheit der privaten Liegenschaften mit Mietwohnungen den Banken und Versicherungen gehören, der stimme der Erbschaftssteuervorlage im jetzigen Wortlaut zu.

Raymond Kind, Küsnacht

In der NZZ vom 2. Juni vergleicht Heiner Studer das Ergebnis eines zielstrebigem und arbeitsreichen Lebens mit einem Lottogewinn, also dem Ausfüllen eines Lottozettels – beides soll nach seiner Ansicht gleich versteuert werden. Für das erarbeitete Vermögen hat ein Erblasser in vielen Fällen bereits vielfach Steuern bezahlt – bei Auszahlung eines Pensionskassenguthabens, während Jahren Vermögenssteuer, für die

Zinsen und allenfalls den Eigenmietwert, und nun – um alldem die Krone aufzusetzen – soll noch eine Erbschaftsteuer bezahlt werden. Lassen sich Menschen, welche wirksam zu einer florierenden Wirtschaft beitragen, noch stärker verhöhnen?

Manfred Ludwig, Oberrohrdorf

Die beiden Aufsätze zur Erbschaftssteuer-Initiative (NZZ 2. 6. 14) sind interessant und sprechen für sich. Bei dem Beitrag von Heiner Studer ist die bemerkenswerteste Aussage, dass die Initianten mit einem Ertrag der Erbschaftssteuer von 3 Milliarden Franken rechnen, von denen die Kantone einen Drittel erhalten sollen. Es ist durchaus verständlich, dass neben einer diffusen Auffassung von «Gerechtigkeit» und «sozialer Verantwortung» die Initianten wohl vor allem der hohe Ertrag berauscht, den sie dem Stimmvolk in Aussicht stellen. Woher haben sie diese Zahl? Glauben sie wirklich, dass dieser Ertrag in Stein gemeisselt ist? Sollte er einmal sinken, können sie dagegen nicht viel unternehmen, aber der volkswirtschaftliche Schaden ist angerichtet. Will man das tatsächlich?

Wolfgang Froriep, Rudolfstetten